

Eberhart spart eine Million Franken

Lebensmittelkontrolle Der Grosse Rat kürzt das Budget 2011 um rund 12 Prozent

VON BRUNO UTZ

«Jetzt ist Feierabend, ich gehe nach Hause.» Das habe ein Lebensmittelkontrolleur wortwörtlich gesagt, nachdem er an einem Volksmarkt im Berner Oberland fünf Stände kontrolliert und alle fünf gebüsst habe. Der Mann habe wohl eingesehen, dass es unverhältnismässig gewesen wäre, auch noch die restlichen 15 Stände zu kontrollieren und die Betreiber zu büssen. BDP-Grossrat Peter Eberhart, er besitzt in Erlenbach i/S eine Drogerie, erzählte noch weitere Mysterien, mit dem Ziel, das Budget des kantonalen Laboratoriums um 1.076 auf exakt 8 Millionen Franken zu kürzen. «Wenn ich Anis verkaufe, so muss ich die Ware unterschiedlich etikettieren, wenn der Kunde den Anis für (Chräbeli) verwendet oder für Tee.» Ein Gastwirt sei mit 250 Franken gebüsst worden, weil er die Säuberung der Pommes-frites-Maschine nicht schriftlich protokolliert habe. 40 Franken habe jemand bezahlt, weil ein Papierspender zum Zeitpunkt des Kontrolleurbesuchs nicht gefüllt gewesen sei. Auch Vereine würden mit Bussen zur Kasse gebeten. Etwa wenn an einem Anlass der Verlauf der Kühltemperatur eines Kuchenbuffets nicht schriftlich festgehalten werde. Gemäss der Gesundheitsdirektion seien letztes Jahr bei 10 000 Inspektionen 6500 Beanstandungen erfolgt. Bussen seien im Umfang von 940 000 Franken ausgesprochen worden. «Entweder ist die Lebensmittelversorgung im Kanton Bern in einem katastrophalen Zustand oder die Lebensmittelkontrolleure beanstanden hauptsächlich Bagatellen», folgerte Eberhart.

Parteilatte Enea Martinelli, er ist Apotheker am Spital Interlaken, kündigte Unterstützung der BDP-

«Ich habe nichts gegen die Lebensmittelkontrolle, aber mit Augenmass.»

Enea Martinelli, Apotheker

Fraktion an. Er habe nichts gegen die Lebensmittelkontrolle, nötig sei aber Augenmass. Weil der Hersteller des Aufbaumittels Oranol beim Verkaufskanal Lebensmittel nicht zusätzlich die Etikette «mindestens haltbar bis ...» anbringe, seien zahlreiche Apotheken kontrolliert und gebüsst worden. «Dabei wird niemand getäuscht noch sind Leben gefährdet.» Für die SVP sprach sich Jürg Schürch (Huttwil) für die Budgetkürzung aus: «Kon-



Mit seinen Argumenten überzeugte Peter Eberhart (BDP) die Ratsmehrheit.

■ OTMAR DEFLOREN: «DAS GEHT NICHT OHNE ABBAU VON PERSONAL»

Um rund 12 Prozent oder gut eine Million Franken kürzte der Grosse Rat gestern das Budget 2011 des Kantonalen Laboratoriums.

«Ich habe den Entschluss nie so erwartet und bin im Moment etwas



sprachlos», sagte Kantonschemiker Otmar Deflorin auf Anfrage. Die im Grossen Rat erhobenen Vorwürfe könne er nicht nachvollziehen. Ein Gespräch mit Peter Eberhart habe nie stattgefunden, weder er noch Eberhart habe ein solches gesucht. «Nun müssen wir die Situation genau analysieren und schauen, wie es weitergeht.» Wie

genau der Sparaufrag umzusetzen ist, könne er derzeit nicht sagen. «Eine solch grosse Summe einzusparen, geht aber nicht ohne Personalabbau. Ob sich der Kanton Bern einen Stellenabbau leisten kann und will?», fragt Deflorin. Beim Kantonalen Laboratorium arbeiteten gut 70 Personen. «Es sind aber nicht alles Voll-

zeitstellen.» Die Kantonalisierung der Lebensmittelkontrolle erfolgte per 1. Januar 2008. Die 200 nebenamtlichen Lebensmittelkontrolleure wurden durch 15 professionelle ersetzt. «Die Kontrolleure werden ihre Kontrollen nicht mehr jährlich, sondern risikobasiert vornehmen», teilte der Kanton im Vorfeld des Wechsels mit. (UZ)

trolle ja, aber nicht pingelig.» Der FDP gehe es nicht darum, der Lebensmittelkontrolle eins auszuwischen. «Aber hier sagt einmal jemand konkret, wo zu sparen ist», sagte Ruedi Sutter (Grosshöchstetten). Zudem sei die Kürzung ein «Zeichen gegen die Bürokratie». Ins Boot der Sparer stieg auch die glp/CVP-Fraktion ein: «Die Argumente haben uns überzeugt. Eberharts Antrag ist verhältnismässig», sagte Thomas Brönnimann (glp/Mittelhäusern).

Flächendeckende Kontrollen nötig
«Die geschilderten Bagatellfälle sind bedauerlich. Wer nicht flächendeckend kontrolliert, der findet die

schweren Fälle nicht», brach SP-Sprecher Patric Bhend (SP/Thun) eine Lanze für die Lebensmittelkontrolle. Auch die EVP sprach sich gegen die Budgetkürzung aus. Ruedi Löffel (Münchbuchsee): «Das tönt nach einer Retourkutsche gegen die Lebensmittelkontrolle.» Die EVP orte das Problem eher bei «pingeligen nationalen Vorschriften».

Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) erklärte, bei einer Annahme des Kürzungsantrages müssten wohl acht Mitarbeitende entlassen werden. Der Kanton Bern sei jedoch im nationalen Vergleich bereits knapp dotiert: «Wir haben 1,6 Vollzeitstellen pro 1000 Betriebe. In Nachbar-

kantonen wie Aargau, Luzern oder Neuenburg liege die Dichte bei 3,2 Stellen. Ein weiterer Abbau bei der Lebensmittelkontrolle würde zudem die Exportfähigkeit von Fleisch und Käse gefährden, verwies Simon auf entsprechende EU-Vorschriften. Vergeblich: Mit 84 zu 53 Stimmen bei 3 Enthaltungen sprach sich der Grosse Rat für die Kürzung aus.

Klare Mehrheit fürs Budget 2011

Danach hiess der Rat das bei einem Gesamttrag von 10 Milliarden Franken mit einem Gewinn von 77 Millionen Franken abschliessende Budget 2011 mit 116 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung gut.



Monika Gygay ist neues Mitglied der Justizkommission. (ZVG)

Gygay, künftige Präsidentin

Wahl Gestern wählte der Grosse Rat Monika Gygay-Böninger (BDP) als neues Mitglied der Justizkommission. Die 47-jährige Obersteckholzerin ersetzt dort Samuel Leuenberger, der wegen Arbeitsüberlastung aus der Kommission austritt. Leuenberger leitete den Juko-Ausschuss, der die äusserst umfangreichen Wahlgeschäfte im Rahmen der Umsetzung der Justizreform vorbereitete. Dafür dankte ihm gestern der Grosse Rat. «Als ausgebildete Gemeindeführerin fühle ich mich geeignet für diese Kommission. Zudem interessiert mich die Justiz am stärksten von den drei ständigen grossrätlichen Kommissionen», sagte Gygay gegenüber dem az Langenthaler Tagblatt.

2012 wechselt das Präsidium

Gygay soll im Juni 2012 sogar das Präsidium der Justizkommission übernehmen. Sie wird Christoph Stalder (FDP/Bern) ersetzen, der auf diesen Zeitpunkt zurücktreten wird. Diese Abmachung trafen die Fraktionen nach den Neuwahlen vom vergangenen März im Hinblick auf die neue Legislatur 2010-2014. Zu den Vereinbarungen gehört weiter, dass Heinz Siegenthaler (BDP/Rüti bei Büren) im Juni 2012 das Präsidium der Finanzkommission an ein Ratsmitglied der SVP-Fraktion abgeben wird. «Als drittstärkste Fraktion haben wir Anrecht auf das Präsidium einer ständigen Kommission», erklärte BDP-Fraktionschef Dieter Widmer. (UZ)

Nachrichten

Grosser Rat Klares Ja zu Regierungs-Finanzplan

Nebst dem Voranschlag 2011 (vgl. Haupttext) hat der Grosse Rat gestern auch den aktualisierten Aufgaben- und Finanzplan des Regierungsrates beraten – und mit 111 zu 10 Stimmen (4 Enthaltungen) klar zur Kenntnis genommen. Er dient Berns Regierung lediglich als langfristiges Steuerungs- und Führungsinstrument. Nach Einnahmehüberschüssen in den letzten zwölf Jahren sieht der Aufgaben- und Finanzplan 2012-2014 ab nächstem Jahr schon Ausgabenüberschüsse von je rund 380 Millionen Franken jährlich vor. Vergeblich verlangte die FDP, ab 2012 solle nicht mehr nur die laufende Rechnung innerhalb der Schuldenbremse budgetiert, sondern zusätzlich auch Schulden abgebaut werden. (SAT)

Thun Lanz (SVP) ist neuer Stadtpräsident

Jetzt ist sicher, Raphael Lanz ist der erste Thuner Stadtpräsident der SVP. Gestern meldete die SP, ihr Gemeinderat Peter Siegenthaler habe seine Kandidatur zurückgezogen. Gespräche mit Parteien hätten gezeigt, dass die Unterstützung für eine Wahl von Siegenthaler nicht ausreichen würde. Mit dem Verzicht auf einen zweiten Wahlgang könne Thun rund 400 000 Franken einsparen. Gestern meldete auch die BDP den definitiven Verzicht von Ursula Haller. Der Gemeinderat muss die stille Wahl von Lanz noch bestätigen. Er wird 2011 Nachfolger von Hans-Ueli von Allmen (SP). (UZ)

Pulver will Meldepflicht für dubiose Lehrer

Fragestunde Dubiosen Lehrpersonen will die Erziehungsdirektion das Handwerk legen.

VON BRUNO UTZ

Anfang November schickte der Regierungsrat das revidierte Volksschulgesetz in die Vernehmlassung. Darin vermisst Grossrat Daniel Steiner (EVP/Langenthal) die Meldepflicht für «dubiose» Lehrkräfte. Auf entsprechende Fragen antwortete Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) gestern so: Weil die Meldepflicht für alle dubiosen Lehrkräfte und nicht nur für die der Volksschule gelten solle, sei sie im Lehrerstellungsgesetz zu regeln. Die Erziehungsdirektion (ERZ) prüfe derzeit die dafür nötigen Kriterien. Als konkrete Massnahme sei das sofortige Unterrichtsverbot für betroffene Lehrkräfte vorgesehen. «Und das unabhängig von einem Weiterzug an

die nächste Instanz.» Die ERZ ziehe zudem umgehend das Lehrpatent ein und melde die betroffenen Personen der zentralen Lohnauszahlungsstelle sowie dem für die Schulstufe zuständigen Amt. Weiter erfolge zuhanden der nationalen «schwarzen Liste» auch eine Meldung an die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz. Dieses Vorgehen entspricht dem Ende Oktober von der ERZ gemeldeten sofortigen Unterrichtsverbot gegen zwei unter anderem in Burgdorf und Roggwil angestellt gewesenen Lehrpersonen (az Langenthaler Tagblatt berichtete).

Mit dem Auftrittsverbot eines Sponsors mit religiösem Hintergrund an einem Schüleranlass habe die Schulleitung des Seeland-Gymnasiums Biel lediglich seinen Ermessensspielraum genutzt. «Das Sponsoring an einer öffentlichen Schule ist stets eine delikate Sache. Gemäss der Kantonsverfassung muss der Unterricht politisch und konfessionell neutral

sein», sagte Pulver zuhanden des Fragestellers Ruedi Löffel (EVP/Münchbuchsee).

Zwei bernjurassische Grossräte erkundigten sich nach dem Radioempfang in zwei Tunneln der A16 Transjurane. Sie verwiesen auf die regelmässigen Geisterfahrer auf der Strecke Tavannes-Biel. Weil es in zwei Tunneln zwischen Biel und Péry-

Inzwischen besitzt der Bund die gesamte Autobahninfrastruktur.

Reuchenette keinen Radioempfang gebe, sei es unmöglich, dringende Verkehrsmeldungen zu hören. In seiner Antwort auf eine Interpellation haben der Regierungsrat bereits 2002 Verbesserungen in Aussicht gestellt.

Das sei richtig, antwortete Baudirektorin Barbara Egger (SP). Insbesondere sei jedoch der Bund alleiniger

Besitzer der gesamten Nationalstrasseninfrastruktur. Und dieser erachte den Radioempfang als nicht prioritär für die Verkehrssicherheit. Egger: «Es ist mir deshalb nicht möglich, einen konkreten Termin zu nennen.»

Grossrätin Nadine Masshardt (SP/Bern) stellte Fragen zu den bevorstehenden Abstimmungen für den Bau neuer Atomkraftwerke. Wie viel Geld die mehrheitlich dem Kanton gehörende BKW Energie AG den AKW-befürwortenden Organisationen zukommen lasse. Laut Egger bezahle die BKW an verschiedene Organisationen, darunter das Energieforum Schweiz, jährlich Mitgliederbeiträge in der Höhe von 110 000 Franken. Jährlich 300 000 Franken wende die BKW für Studien auf, die sich spezifisch mit Atom-Themen wie die Reaktorsicherheit oder die Wirtschaftlichkeit von Kernanlagen befassen.

Die BKW sei aber nicht Mitglied der Aktion für eine vernünftige Energiepolitik (AVES).